

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 79 (1992)
Heft: 12: 100 Jahre Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz

Rubrik: Schulszene Schweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Einschränkung des Hochschulzugangs?

Der «Verband der schweizerischen StudentInnen-schaften» (VVS) und der Verband Schweizer Medizinstudierender (VSM) wenden sich gegen eine Beschränkung der Zulassung zu den Universitäten, wie sie wegen der strapazierten Aufnahmefähigkeit erwogen wird. Als Alternative oder als Modalität zu einem Numerus clausus schlagen sie vor, während der Hochschulausbildung eine (verschärfte) Selektion vorzunehmen.

Der VSS betrachtet gemäss Presseunterlagen *Studien-reformen* als Mittel, dass die Hochschulen mehr Studenten aufnehmen können, und hat seine grundsätzlichen bildungspolitischen *Bedenken* gegen Begrenzungsmassnahmen nicht aufgegeben. Angesichts der finanziellen und politischen Situation einerseits, der prekären Platzverhältnisse gewisser Fachbereiche andererseits betreibt der Verband indessen keine undifferenzierte Opposition. Er lehnt eine Auslese nach Maturitätsnoten ab und fordert, dass sich eine allfällige Selektion *am jeweiligen Studienziel* beziehungsweise an der *Praxis* orientiere; denn es gehe um Studiengänge mit einem mehrheitlich konkreten Berufsbild. Ferner seien Verfahren während des Studiums einer vorgängigen Auswahl (auch mittels Eintrittsprüfung oder Losentscheid) vorzuziehen. Im Text der Stellungnahme findet sich im weiteren die auf dieser Seite ungewohnte Überlegung, ob der Trend zum Ausbau der Hochschulbildung, der zu einer Abwertung anderer Ausbildungen geführt habe, «nicht gebremst oder sogar rückgängig gemacht werden muss». Demnach wären zum Beispiel *Berufslehrgänge* zu fördern, und der VVS spricht sich auch dafür aus, dass die Entwicklung bestimmter nichtakademischer Ausbildungsinstitutionen zu *Fachhochschulen* im Sinne von echten Alternativen zur Hochschule vorangetrieben werde.

Akut ist das Kapazitätsproblem besonders in der *Medizin*, wo nach einer Zunahme in den letzten zwei Jahren rund 130 Studienplätze fehlen. Zudem besteht laut VSM seitens der Sanitätsdirektoren und Ärzteschaft ein gewisser Druck, dem Ansteigen der Ärztezahlen Schranken zu setzen. Der Studentenfachverband plädiert demgegenüber gerade auch in gesundheitspolitischer Perspektive für ein *stärker praxisbezogenes Studium*, konstatiert allerdings, dass Reformen an organisatorische und finanzielle Grenzen stossen und ihrerseits eine Selektion voraussetzen. Ähnlich wie der VSS fordert der VSM, dass diese Ausscheidung nur im Notfall schon vor dem Studium stattfinde und dass in einer Kombination von *Test und Interview* besonders auf die für Ärzte und Forscher wichtigen Eigenschaften geachtet werde. («NZZ» vom 16.10.92)

Kleinschreibung gefordert

Die Erziehungsdirektoren aller Schweizer Kantone sollen sich bei ihren deutschen und österreichischen Kollegen dafür einsetzen, dass in der deutschen Sprache Substantive künftig klein geschrieben werden.

Das würde das Schreiben wesentlich erleichtern, ohne das Lesen zu behindern, erklärten Vertreter des Bundes für eine vereinfachte Rechtschreibung (bvr) an einer Pressekonferenz in Bern. Der 1924 gegründete Bund unterstützt den Reformvorschlag des Internationalen Arbeitskreises für Orthographie, der im September an der Frankfurter Buchmesse öffentlich vorgestellt wurde.

Senkung des J+S-Alters

Die Senkung der unteren Altersgrenze für Jugend+Sport (J+S) von 14 auf 10 Jahre stösst bei Parteien und Kantonen in der Vernehmlassung auf breite Zustimmung. Einige Kantonsregierungen kritisieren aber am bundesrätlichen Verordnungsentwurf, dass der Bund die entstehenden Mehrkosten auf die Kantone abwälzen wolle. Einhellig begrüssen die vier Bundesratsparteien in der Ende September abgeschlossenen Vernehmlassung die Senkung des J+S-Alters.

Definitive Lösung für das Sorgentelefon für Kinder und Jugendliche in Sicht

Vertreterinnen und Vertreter von Hilfswerken, Sorgentelefon-Beratungsstellen, Kantonen und weitere Interessierte haben vor kurzem in Bern über die definitive gesamtschweizerische Vernetzung der Kinder-Sorgentelefone beraten. Diese soll ab Frühjahr 1993 Gültigkeit haben. Am Prinzip der regionalen Verankerung wollen die Beteiligten festhalten. In den Regionen soll die Zusammenarbeit mit den vorhandenen Diensten, wie zum Beispiel Erziehungsberatungsstellen, Kinderspitälern und stationären Einrichtungen, gefördert werden. Damit soll ratsuchenden Kindern und Jugendlichen über die telefonische Beratung hinaus ein Netz von Hilfe und Auffangmöglichkeiten zugänglich gemacht werden.

Gleichzeitig wurde die zukünftige Organisationsstruktur und Fragen der Qualitätssicherung, der Finanzen und der Werbung diskutiert. In bezug auf die Sicherung der Qualität geht es vorab darum, Wege der Umsetzung und der Kontrolle zu finden. Ziel dieser Bemühungen ist es, Kindern und Jugendlichen eine fachlich einwandfreie und menschlich einfühlsame Beratung zu bieten. Die Ausarbeitung einer endgültigen Fassung der Strukturen und der Statuten für die gemeinsame Arbeit wird der letzte Vorbereitungsschritt sein, der die künftige Zusammenarbeit definiert. Bis dahin wird die gut funktionierende Überbrückungslösung aufrechterhalten.

Diese Überbrückungslösung wurde notwendig, nachdem das Sorgentelefon unter der Leitung von Heinz Peyer aufgelöst wurde. Um die weitere Planung mit real abgestützten Zahlen an die Hand zu nehmen, wurde im September bei den im Netz aufgeschalteten Beratungsstellen eine Umfrage durchgeführt. Dabei zeigte es sich, dass nach wie vor ein echtes Bedürfnis nach einem Sorgentelefon für Kinder und Jugendliche

besteht. Untermauert wird diese Feststellung durch den soeben erschienenen Bericht «Kindsmisshandlungen in der Schweiz».

Zusammenarbeit im Bildungsbereich

Eine Schweizerische Stiftung soll in zweckmässiger Weise Institutionen und Organisationen, die audiovisuelle Bildungsangebote produzieren oder nutzen, zusammenführen. Ziel ist eine verstärkte fachbezogene Zusammenarbeit bei der Planung, Realisierung und Auswertung sowie die Sicherstellung der notwendigen Geldmittel.

Am 4. November 1992 haben in Zürich Institutionen und Organisationen aus dem gesamten Bildungsbereich die Gründung einer «Schweizerischen Stiftung für audiovisuelle Bildungsangebote» beschlossen. Sie bezweckt «die Zusammenarbeit bei der Planung, Vorbereitung, Realisierung, Beobachtung und Begleitung sowie Auswertung von Programmvorhaben und Bildungsprogrammen im audiovisuellen Bereich». Damit sollen zeitgemässe Möglichkeiten der Bildung und Weiterbildung besser erschlossen und deren Nachhaltigkeit verstärkt werden. Die geplante Stiftung wird, «unter Einbezug von Finanzierung durch Dritte», die Beschaffung der erforderlichen Mittel sicherstellen.

Der Stiftungsratsausschuss wird in ausgewogenem Verhältnis Vertretungen einerseits sämtlicher Bereiche der Grundbildung/Berufsbildung und der Erwachsenenbildung sowie der Sozialwerke und Frauenorganisationen, andererseits Medienschaffende der Abteilung Familie und Bildung des Schweizer Fernsehens DRS umfassen. Ergänzungen werden sich mit dem geplanten Einbezug anderer Sprachregionen ergeben. Für das Präsidium stellt sich Dr. Arthur Straessle, Direktor der Volkshochschule des Kantons Zürich, zur Verfügung, die Vizepräsidien werden Dr. Bruno Santini-Amgarten, als Vertreter der Bildungsseite, und Verena Doelker-Tobler, Abteilungsleiterin Familie und Bildung beim Schweizer Fernsehen DRS, übernehmen.

Die bisher im Rahmen eines Statuts erfolgte Zusammenarbeit von über 50 Institutionen und Organisationen der Erwachsenenbildung (sog. IOEB, seit 1985) mit der Abteilung Familie und Bildung des Schweizer Fernsehens DRS wird nunmehr gesamtschweizerisch geöffnet; die Anliegen der Bildung sollen durch Träger weiterer audiovisueller Bildungsmedien ergänzt werden und mit der neuen Rechtsform der Stiftung mehr Gewicht erhalten. Die Stiftung ist ein Modell für die heute und in Zukunft notwendige gezielte Zusammenarbeit im Bereich der Bildung.

Schlaglicht

Nein: infolge – mit Folgen

Das Schweizervolk hat am 6. Dezember 1992 mit knapper Volksmehrheit und mit deutlichem Ständemehr den Beitritt zu einem Europäischen Wirtschaftsraum abgelehnt. Im Abstimmungsergebnis ist der Graben zwischen der Romandie und der Deutschschweiz deutlich sichtbar geworden.

Im Abstimmungskampf sind sich letztlich zwei Bilder, zwei Vorstellungen von dem, was die Schweiz ist und sein soll, gegenübergestanden. Ich denke, dass diejenigen, welche diese Bilder evozierten, auf vieles, was in der Schule über die Schweiz unterrichtet worden ist und wird, zurückgreifen konnten. Wenn ich das Resultat betrachte, so scheint mir, dass die alten Mythen aus dem Unterricht in vaterländischer Geschichte und in Staatsbürgerkunde, welche die Einzigartigkeit des politischen Systems und die Unvergleichlichkeit der historischen Entwicklung preisen, stärker waren als die Einsichten in die Fakten, dass die Schweiz in der Mitte Europas liegt, und dass ihre Geschichte primär eine Geschichte der Beziehungen zu Europa, sprich der Verarbeitung von europäischen Einflüssen ist. Bestimmt ist davon in zeitgemäßem Unterricht auch schon zu hören. Die Deutschschweiz scheint mir hier allerdings einen gewissen Nachholbedarf zu haben.

Der Röstigraben zwischen Welsch und Deutsch wurde ja schon längst erkannt. Bekanntlich hat die Politik bisher nur ein Mittel dagegen erfunden und flächendeckend durchgesetzt: die Einführung des Frühfranzösisch bzw. des Frühdeutsch in den Schulen. Sie wird sich doch noch etwas mehr einfallen lassen müssen als solche Scheinlösungen auf dem Buckel von Schülerinnen und Schülern. Erstens, weil die Sache eilt, und zweitens, damit die erworbenen Sprachkenntnisse nicht für die Katz sind...

Leza M. Uffer